



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten	4
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	4
	Innenpolitische Entwicklungen	5
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	7
4.	Türkische Zyprioten	8
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	8
	Beziehungen mit der Türkei	8
	Innenpolitische Entwicklungen	9
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	12
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	12

FES NEWS

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[Twitter.com/FESCyprus](https://twitter.com/FESCyprus) - www.fescyprus.org - www.facebook.com/FESCyprus

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters schicken Sie bitte eine Mail an
FESPaparoditi@gmail.com

* Wir haben uns aus Gründen der besseren Verständlichkeit dazu entschlossen, den Newsletter von nun an auf den Berichtsmonat statt auf den Erscheinungsmonat zu datieren. Die aktuelle Ausgabe trägt daher erneut den Titel Januar 2018.

1. Das Zypernproblem

Im Januar dominierte unter anderem das Zypernproblem die Debatte zwischen den Präsidentschaftskandidaten. Das Ergebnis der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen wurde als Sieg der Lösungsbefürworter über das Hardlinerlager gewertet; hier setzten sich Nikos Anastasiades und Stavros Malas gegen Nikolas Papadopoulos durch – Am 4. Februar wurde dann Nikos Anastasiades für eine zweite Amtszeit als Präsident der Republik Zypern wiedergewählt.

Auch im Norden¹ wurden Wahlen abgehalten. Die neue Regierungskoalition setzt sich aus der Republikanisch-Türkischen Partei (CTP), der Volkspartei (HP), der Sozialdemokratischen Partei (TDP) und der Demokratischen Partei (DP) zusammen.

Am 4. Januar teilte der stellvertretende Sprecher des UN-Generalsekretärs, Frahn Hag, mit, dass die Vereinten Nationen noch keine Entscheidung über die Bestellung eines neuen UN-Sonderberaters für Zypern getroffen hätte, der

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfragezustände kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

Espen Barth Eide ersetzen könne. Dieser war im August 2017 von seinem Amt zurückgetreten.

Am 10. Januar fand das 4. Gipfeltreffen der EU-Südstaaten in Rom statt. Im Anschluss an das Gipfeltreffen wurde eine Erklärung abgegeben, die speziell auf das Zypernproblem Bezug nahm. Gemäß der Erklärung der Teilnehmerstaaten „bekräftigen wir unsere Unterstützung einer tragfähigen vollständigen Lösung des Zypernproblems, die – im Einklang mit den UNSC-Resolutionen und dem EU-Acquis – Zypern und seine Bewohner wiedervereint, und die Souveränität, Unabhängigkeit und die territoriale Unversehrtheit Zyperns ohne Garantien schützt“. Darüber hinaus „... ist und bleibt die Republik Zypern nach der Lösung ein Mitglied der Europäischen Union. Die EU-Mitgliedschaft ist der beste Schutz für ein wiedervereinigtes Zypern.“ Das Gipfeltreffen thematisierte auch Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion. Der ausdrückliche Schwerpunkt lag auf den Themen Beschäftigung, Entwicklung und Investitionen, die ein besonderes Anliegen der Mittelmeerländer der EU sind. Das türkische Außenministerium kritisierte die gemeinsame Stellungnahme und bezeichnete die Erklärung als „ein weiteres Beispiel dafür, wie die griechisch-zypriotische Seite ihre EU-Mitgliedschaft nutze, um eine Lösung zu verhindern“, und fügte an: „solche Erklärungen leisten keinerlei positiven Beitrag in den Bemühungen, das Zypernproblem zu lösen.“

Am 17. Januar sagte Elizabeth Spehar, die Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs und Leiterin der UN-Friedensmission auf Zypern in einem informellen Kommentar zu den Medien:

„UN-Generalsekretär Antonio Guterres bleibt beiden Seiten auf Zypern verpflichtet, sollten diese gemeinsam die Vereinten Nationen um Unterstützung in einem neuen Prozess bitten. Voraussetzung hierfür ist der politische Wille.“ Die Stellungnahme erfolgte, nachdem Spehar den Sicherheitsrat bezüglich der Erneuerung des Mandats der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern (UNFICYP) unterrichtet hatte. Spehar ergänzte, dass man die aktuelle Situation in Bezug auf die Verhandlungen diskutiert habe, die „momentan zum Stillstand gekommen sind“. Der UN-Generalsekretär habe „sehr deutlich ausgedrückt, dass seine guten Dienste beiden Seiten zur Verfügung stehen und dass dies immer so sein wird. Er hofft darauf, dass beide zu ihm kommen“.

Am 30. Januar verlängerte der UN-Sicherheitsrat das Mandat der Friedenstruppe der Vereinten Nationen auf Zypern (UNFICYP) um weitere sechs Monate bis zum 31. Juli 2018. Es wurde eindringlich um das Bekenntnis aller Seiten zu einer Lösung unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen gebeten, wobei der Sicherheitsrat gleichzeitig betonte, dass der Status Quo untragbar sei. Er drängte des Weiteren darauf, alle verbliebenen vertrauensbildenden Maßnahmen umzusetzen. Ebenso müsse es eine Übereinkunft geben, weitere Schritte zu vereinbaren und zu verwirklichen, die der Vertrauensbildung auf beiden Seiten dienen. Darüber hinaus wurde betont, dass beide Volksgruppenführer den Zyprioten rechtzeitig vor einem Volksentscheid die Vorteile einer Lösung klar darlegen und eine erhöhte Flexibilität und Kompromissbereitschaft zeigen müssten. Zusätzlich drängte der Sicherheitsrat auf prakti-

sche Schritte, die beide Volksgruppenführern, dabei helfen könnten, ihre Zusage zu einer Lösung unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zu erneuern. Es würde somit gleichzeitig sichergestellt, dass beide Seiten keine Aktionen unternähmen, die „... zu einer Eskalation der Spannungen oder zur Untergrabung der Fortschritte, die bisher erreicht wurden, führen könnten, respektive dem guten Willen auf der Insel schaden.“

Die Resolution wurde von der Regierung der Republik Zypern begrüßt. Beim türkischen Außenministerium hingegen löste der Wortlaut Kritik aus. Das türkische Ministerium empfahl den Vereinten Nationen, die Gründe, die zum Scheitern der Zypernkonferenz geführt hätten, korrekt darzustellen. Es erklärte zudem, dass künftige Prozesse nur erfolgreich verlaufen könnten, wenn man von den aktuellen Gegebenheiten auf der Insel ausginge - und von den gewonnenen Erfahrungen aus den Verhandlungen der letzten 50 Jahre. Zudem müssten die Prozesse auf realistischen Erwartungen basieren und brauchbare Ergebnisse zum Ziel haben. Dies impliziere, dass (auch) außerhalb der von den Vereinten Nationen vorgegebenen Parametern nach einer Lösung gesucht werden solle, so wie es der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu unmittelbar nach dem Abschluss der Zypernkonferenz angekündigt hatte. Zu Monatsanfang hatte Cavusoglu in anderem Kontext verlauten lassen: „Es gab keine Probleme mit den Parametern, allerdings will die griechische Seite keine Lösung. Wir haben klar verstanden, dass, selbst wenn wir noch 10 Jahre auf der Basis dieser Parameter weiterverhandeln würden, die griechisch-zypriotische Seite sich nicht

einmal ansatzweise einer Lösung nähern würde.“

Der Sprecher der Großen Türkischen Nationalversammlung Ismail Kahraman erklärte auf der 13. Tagung der Parlamentarischen Union der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (PUIC) in Teheran, dass die Mitgliedsstaaten der PUIC die Verpflichtung hätten, überall auf der Welt intensiver für die Rechte und die Zukunft der Muslime zu arbeiten. Er fügte hinzu: „In diesem Zusammenhang müssen wir alle daran mitwirken, die jahrzehntelange ungerechte Isolation unserer türkisch-zypriotischen Brüder zu durchbrechen, die in der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) als Türkisch-Zypriotischer Staat mit Beobachterstatus vertreten sind“.

2. Gasvorkommen

Laut dem zypriotischen Energieminister, Giorgos Lakkotrypīs, hat die EU Zypern eine vorläufige Fördersumme von 101 Million Euro für den Bau der Infrastruktur zum Import von Flüssigerdgas (LNG) zur Energiegewinnung zugebilligt. Die Genehmigung erfolgte in Erwiderung auf den Antrag Zyperns auf Unterstützung bei der Einfuhr von Flüssigerdgas, um – vor der eigenen Gasgewinnung – die Abhängigkeit der Insel von Ölimporten zur Stromerzeugung zu verringern. Die Summe macht 40% der geschätzten Kosten aus.

Der türkische Minister für Energie und Bodenschätze, Berat Albayrak, erklärte am 14. Januar, dass „so schnell wie möglich“ ein Bohrschiff zur

Erkundung der Öl- und Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer geschickt werden würde. Darüber hinaus versandte die Türkei am 29. Januar eine Schifffahrtswarnung (Navtex), in der sie ein großes Seegebiet in der Famagusta-Bucht für militärische Trainingszwecke reservierte. Das Gebiet befindet sich gerade mal 30km nördlich des Standorts Block 3 der exklusiven Wirtschaftszone Zyperns (EEZ), an dem das italienische Energieunternehmen ENI und die südkoreanische Kogas demnächst Erkundungsbohrungen vornehmen werden. Als Antwort sandte Zypern ebenfalls ein Navtex, in dem es Schiffahrern mitteilte, die türkische Schifffahrtswarnung zu ignorieren.

Erhan Ercin, der Sonderberater für Diplomatie und EU-Angelegenheiten des türkisch-zypriotischen Präsidenten, versuchte bei einem Treffen mit UN- und EU-Beauftragten, die Bedenken und Befindlichkeiten der türkisch-zypriotischen Seite bezüglich der griechisch-zypriotischen Gaserkundungsbohrungen im östlichen Mittelmeer zu vermitteln.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Laut Eurostat stieg die Arbeitslosenquote in Zypern von 11,1% im November auf 11,3%. Die Zahl der Arbeitslosen lag im Dezember 2017 bei 49.000.

Cystat zufolge erhöhte sich die Zahl der ankommenden Touristen im Jahr 2017 um 15% und

erreichte mit 3.652.073 eine neue Rekordmarke. Allein im Dezember besuchten 98.984 Touristen Zypern, damit stieg die Besucherzahl im Vergleich zum Dezember 2016 um 13%. Aus dem Vereinigten Königreich kamen 1.253.839 (+8,3%), aus Russland 824.494 (+5,5%) Touristen. Die Zahl israelischer Gäste auf Zypern stieg um 76% auf 261.966. Aus Deutschland kamen 188.826 Besucher (+52%), aus Griechenland 169.712 (+5,9%).

In einem Bericht der Zentralbank von Zypern (CBC) vom 9. Januar wurde vermerkt, dass im September 2017 die Zahl der notleidenden Kredite im Vergleich zu August 2017 bei den zyprischen Banken um 388,4 Millionen Euro auf 21,5 Milliarden Euro gesunken ist. Der zyprischen Zentralbank zufolge sind sowohl die notleidenden Kredite als auch ihr Anteil an der Gesamtanzahl der Kredite, der im September auf 44,2% fiel, auf dem niedrigsten Stand seit Dezember 2014. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Berechnungsmethode der Europäischen Bankenaufsicht eingeführt. Nach dieser Methode ist eine mindestens 12-monatige Frist vorgesehen bevor ein notleidender Kredit in einen ordnungsgemäß bedienten Kredit zurückgestuft wird.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 28. Januar fand der erste Wahlgang der Präsidentschaftswahl statt. 71,4% der wahlberechtigten griechischen Zyprioten gaben ihre Stimme ab. Amtsinhaber Nikos Anastasiades und der von AKEL unterstützte parteilose Stavros Malas schafften es mit 35,5% respektive 30,25% der Stimmen in die zweite Runde, die am 4.

Februar stattfand. Das Resultat signalisierte die Unterstützung der griechischen Zyprioten für Kandidaten, die moderate Positionen in der Zypernfrage vertreten. Nikolas Papadopoulos, der von der DIKO, der sozialdemokratischen EDEK, den Grünen und der Solidaritätsbewegung unterstützt wurde, schaffte es mit 25,75% auf den dritten Platz. Der Parteivorsitzende der rechtsextremen ELAM, Christos Christou erhielt 5,6%, gefolgt von dem Vorsitzenden der Bürgerallianz Giorgos Lillikas mit 2,17%. Die vier anderen parteilosen Kandidaten kamen insgesamt auf weniger als 1%: Andreas Efstratiou 0,22%, Charis Aristeidou 0,19%, Michail Mina 0,17% and Christakis Kapiliotis 0,10%. Der Anteil der Nichtwähler lag bei besorgniserregenden 28,6%. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2013 hatte die Wahlbeteiligung bei 83,14% gelegen, was damals als niedrig angesehen wurde.

Am 31. Januar beschlossen die Vorsitzenden der Parteien der Mitte, die den Einzug in die zweite Runde verpasst hatten, - Nikolas Papadopoulos von DIKO, Marinos Sizopoulos von EDEK, Eleni Theocharous von der Solidaritätspartei und Giorgos Perdikis von den Grünen – keinen der beiden Kandidaten bei der Stichwahl am 4. Februar zu unterstützen.

Die beiden Präsidentschaftskandidaten traten am 31. Januar in einer Fernsehdebatte gegeneinander an. Der erste Teil war dem Zypernproblem gewidmet, wo Anastasiades von Malas für das Scheitern der Gespräche in Crans Montana verantwortlich gemacht wurde. Er habe eine historische Gelegenheit ungenutzt gelassen, als UN-Generalsekretär Antonio Guterres

ein Lösungskonzept vorlegte. Anastasiades wiederholte, dass die Türkei seit 43 Jahren nicht kompromissbereit sei und dass dies das erste Mal gewesen sei, dass die griechisch-zypriotische Seite erfolgreich die Garantieforderung eingebracht und die Internationale Gemeinschaft und die Europäische Union mit einbezogen habe. Malas sagte, er würde keiner Lösung zustimmen, bei der türkische Truppen auf der Insel verblieben, Sicherheitsgarantien beibehalten werden und es keine Rückgabe Morphous gäbe. Er sei bereit, über eine rotierende Präsidentschaft zu diskutieren, jedoch nur wenn cross-voting, also eine begrenzte Beteiligung der einen Volksgruppe in den Wahlen der anderen Volksgruppe, impliziert sei.

In Bezug auf den Energiesektor wies Anastasiades Malas' Kritik zurück, dass die Energiekonzepte des Landes nicht rechtzeitig umgesetzt worden seien. Er argumentierte, dass seine Regierung eine Reihe von Schritten unternommen habe und dass eine Vielzahl von Faktoren beim Bau einer Gasverlängerungsanlage hätten berücksichtigt werden müssen. Die Energieunternehmen hätten – so Anastasiades – gezögert, weiterzumachen und die Energieriesen hätten erst Interesse an Erkundungsbohrungen in der exklusiven Wirtschaftszone Zyperns (EEZ) gezeigt, nachdem ein riesiges Gasvolumen im ägyptischen Gasfeld Zohr entdeckt worden sei. Malas betonte, dass Energiekonzepte nicht nur den Verkauf von Erdgas beinhalten sollten, sondern auch einen Fahrplan, den die Regierung Anastasiades aber nicht habe. Er fügte hinzu, dass die gegenwärtigen groben Fehler der Regierung dazu geführt hätten, dass Israel es in Betracht zöge, nun die Türkei statt wie

ursprünglich geplant Zypern als Exportstandort für das eigene Erdgas zu nutzen.

Als sich die Debatte Wirtschaftsfragen zuwandte, sagte Anastasiades, dass Malas der Letzte sei, der seine Regierungspolitik kritisieren dürfe, da die AKEL-Regierung 2013 „Chaos hinterlassen“ habe. Malas beanstandete den Haircut auf die Ersparnisse durch die Regierung Anastasiades', den er noch dazu versucht habe, dem Parlament in die Schuhe zu schieben. Er fügte hinzu, dass die Regierung von Anastasiades „mittelalterliche Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt“ eingeführt habe, mit Monatsgehältern um 500 Euro, und dass ihm ein Plan bezüglich der notleidenden Kredite fehle. Anastasiades schlug Malas gegenüber mehrmals einen herablassenden Tonfall an und machte geltend, dass Malas' Sichtweisen verständlich seien, da dieser während der vergangenen fünf Jahre in keine Entscheidungsverfahren involviert gewesen sei. Malas' Ferne von Staatsangelegenheiten während der Regierung unter Anastasiades war eines der Hauptkritikpunkte an Malas in seinem Wahlprogramm.

In seiner Abschlusserklärung betonte Malas, dass er während der Kampagne ehrlich gesprochen habe und dass er dies als Präsident weiter so tun wolle. Er fügte hinzu, dass er scharf gegen Korruption vorgehen und sich für eine Lösung des Zypernproblems einsetzen werde. Anastasiades unterstrich in seinem Schlusswort, dass er der „Präsident aller Zyprioten“ gewesen sei und weiterhin sein werde, ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit. Er wiederholte, dass seine Regierung ein solides Wachstum erreicht habe und versprach weitere Anstrengungen, um

die Arbeitslosenquote zu reduzieren. Er werde kontinuierlich an der Modernisierung des Staates und der Kommunalverwaltung arbeiten.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Die Lehrer an den Nachmittags- und Abend-schulen streikten, um Änderungen an ihrem aktuellen Beschäftigungsstatus als Selbstständige zu erzielen. Die Gewerkschaften PEO und SEK unterstützten die Streikenden und ihre Vereinigung uneingeschränkt und beschuldigten das Ministerium der Bedrohungs- und Erpressungsversuche. Der Ministerrat beschloss, das Beschäftigungssystem innerhalb der kommenden zwei Monate zu überprüfen. Eine Gerichtsentscheidung diesbezüglich steht ebenfalls noch aus.

Eine angekündigte Protestaktion der Postangestellten wurde in letzter Minute von der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes ASDIK gestoppt, nachdem das Verkehrsministerium zugesichert hatte, Verhandlungen mit der Gewerkschaft über die entsprechenden Anliegen aufzunehmen.

An der Universität Zypern traten die Lehrbeauftragten in einen 48-stündigen Streik. Laut DEDE, der Gewerkschaft der wissenschaftlichen Mitarbeiter, tangierte die Arbeitsniederlegung mehr als 80 Seminare und 20 Forschungsprogramme. Der Protest der Wissenschaftler bezieht sich auf die Nicht-Umsetzung der tariflichen Vereinbarungen, die bereits im vergangenen Juni mit der Leitung der Universität getroffen worden waren, sowie generell auf den Beschäftigungsstatus und die Arbeitsbedingungen an der Uni-

versität Zypern. Das zentrale Motto der streikenden Akademiker lautete: „Anstand am Arbeitsplatz = Qualität in Lehre und Forschung“. Der DEDE-Streik wurde von den Gewerkschaften PEO und DEOK und der Studentenvereinigung FEPAN unterstützt.

Der Ministerrat verabschiedete eine Gesetzesvorlage, nach der Witwer einen Anspruch auf staatliche Unterstützung haben. Die Gewerkschaften PEO und SEK befürworteten dies.

Hotelangestellte (Mitglieder der Gewerkschaft PEO) demonstrierten vor der Zweigstelle des Arbeitsministeriums im Famagustabezirk gegen die Arbeitsverhältnisse in der Hotelbranche.

Ein 24-Stunden-Streik fand an mehreren staatlichen Krankenhäusern statt. Die Ärzte traten für ihre Forderungen ein, mehr Mitarbeiter einzustellen und Assistenzärzte nicht zu entlassen.

Die automatische Anpassung der Gehälter an die Inflationsrate (COLA) wurde mit Beginn 1. Januar 2018 in die Gehaltszahlungen integriert. Gemäß der drei-Jahresvereinbarung wird die Anpassung jährlich neu kalkuliert und beträgt 50%. Da laut Preisindex im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um 0,56% zu verzeichnen war, beträgt die automatische Anpassung an die Gehälter 2018 0,28%.

Die der PEO angehörige Rentnergewerkschaft EKYSY brachte ihre Freude über die Änderungen im Mindestlohngesetz zum Ausdruck und danke dem Parlament – und insbesondere AKEL – für ihre Unterstützung in dieser Angelegenheit. Das Gesetz erlaubt es einkommensschwachen Rentnern ab sofort, zusätzliche Leistungen zu bean-

tragen. EKYSY begrüßte die späte Erkenntnis der Regierung, in den vergangenen vier Jahren „...einkommensschwache Rentner ... ungerecht behandelt zu haben“.

Entschädigungen, die Frührentner erhalten, müssen laut Gewerkschaften nicht versteuert werden, da dies abschreckenden Charakter habe. Das Finanzministerium erklärte in einer Stellungnahme, dass der Vorgang derzeit im Ermessen der Steuerbehörde läge. Diese werde Rahmenbedingungen vorschlagen, wann, wann nicht und bis zu welcher Höhe Ausgleichszahlungen bei freiwilliger Frühverrentung versteuert werden müssen.

Die Gewerkschaft der Bankangestellten ETYK wehrt sich gegen das neue Tarif- und Beförderungssystem in der Bank of Cyprus. Verhandlungen seien jetzt notwendig. Zeitgleich versprach die Bank of Cyprus die entstandenen Verluste auszugleichen, die sie in der Vorsorgekasse ihrer Angestellten (Provident Fund) durch den Bail-in im Jahr 2013 verursacht hatte. Man bemühe sich um „Entpolitisierung“. Die Bank wird 23 Millionen Euro zahlen, um die Verluste der momentan bei der Bank angestellten Mitarbeiter zu decken, in Fällen, in denen die staatliche Ausgleichsregelung nicht greift.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Laut eines Berichts der türkisch-zypriotischen Tageszeitung Yeniduzen verringerte sich der

Abstand zwischen dem Mindestlohn in der Türkei und dem in Nordzypern Anfang 2018 auf 6,7%. Im Jahr 2013 hatte das minimale Gehalt im nördlichen Teil Zyperns noch 27,8% über dem Mindestlohn in der Türkei gelegen.

Bezugnehmend auf Daten der Türkisch-Zypriotischen Zentralbank berichtete die Tageszeitung Kibris, dass das Kreditvolumen im türkisch-zypriotischen Bankensystem im Jahr 2017 um 21,6% auf 14,43 Milliarden TL (3,09 Milliarden Euro) gestiegen sei. 54,6% davon waren Kredite in türkischen Lira, der Rest in Fremdwährungen. 44,82% dieser Kredite wurden von türkisch-zypriotischen Privatbanken gewährt, von den staatlichen türkisch-zypriotischen Banken 27,13% und von Niederlassungen türkischer Banken 28,03%.

Nach Angaben des Finanzministeriums von Ende November 2017, wurden aus der Staatskasse an 41.011 Personen Gehälter, Altersrente und Sozialhilfe gezahlt. Ende 2016 waren es 40.637 gewesen. Der Gesamtbetrag belief sich auf 207.8 Millionen TL (51.9 Millionen Dollar) im Vergleich zu 175.7 Millionen TL (50.2 Millionen Dollar) im Dezember 2016. In TL ausgedrückt ist dies vor allem inflationsbedingt ein Anstieg um 18,26%, in US-Dollar war der Anstieg mit 3,4% moderater. Die zwei größten Gruppen auf der Gehaltsliste des Staates sind Beamte (15.509) und Rentenempfänger (13.428).

Beziehungen mit der Türkei

“Ich hoffe, Ankündigungen wie ‚Wir werden keine Koalition eingehen‘ werden unterlassen und es kommt zu einer Regierungsbildung“

kommentierte der türkische Außenminister Cavusoglu das Ergebnis der türkisch-zypriotischen Wahlen. „Wir können dann gemeinsam handeln und das Vorgehen in den Zypern-Verhandlungen abstimmen. 2018 wird in dieser Hinsicht ein bedeutsames Jahr werden.“

Innenpolitische Entwicklungen

Nach den offiziellen Ergebnissen der Parlamentswahlen am 7. Januar ging die Partei der Nationalen Einheit (UBP) mit 35,37% der Stimmen als Gewinner hervor, verfehlte jedoch die parlamentarische Mehrheit zur Bildung einer Einparteien-Regierung. Die Republikanisch-Türkische Partei (CTP) belegte mit 20,97% Platz zwei, gefolgt von der Volkspartei (HP) mit 17,10%. Die Sozialdemokratischen Partei (TDP) erhielt 8,61% der Stimmen, die Demokratische Partei (DP) 7,83% und die Wiedergeburtspartei (YDP) 6,96%. Zum ersten Mal schafften sechs Parteien die 5%-Hürde und gewannen so Abgeordnetenmandate im türkisch-zypriotischen Parlament. Die Verteilung der 50 Sitze ist wie folgt: Partei der Nationalen Einheit (UBP) 21 Sitze, Republikanisch-Türkische Partei (CTP) 12 Sitze, der Volkspartei (HP) 9 Sitze, Sozialdemokratischen Partei (TDP) 3 Sitze, Demokratische Partei (DP) 3 Sitze und 2 Sitze für die Wiedergeburtspartei (YDP).

War ursprünglich eine von der UBP geführte Regierungskoalition als selbstverständlich vorausgesetzt worden, drehte sich später der Wind als CTP, HP, und TDP eine Koalition mit der UBP definitiv ausschlossen. (Grund dafür waren Korruptionsvorwürfe gegen diverse UBP-Abgeordnete und andere Unregelmäßigkeiten

während der Regierungszeit der Partei). Es blieben somit nur zwei mögliche Koalitionsbündnisse übrig: Eine Drei-Parteien-Regierung aus UBP, DP und YDP oder eine Vier-Parteien-Koalition von CTP, HP, TDP und DP. Die dritte Möglichkeit wären Neuwahlen gewesen. Dies machte Serdar Denktas, den Vorsitzenden der Demokratischen Partei (DP), erneut zum Königsmacher. Die vor allem von türkischen Einwanderern gebildete Wiedergeburtspartei YDP wiederum verkündete, sie würde nur eine „Übergangsregierung“ unterstützen, die das Wahlrecht ändern und vorzeitige Neuwahlen ausrufen würde.

Nachdem er am 23. Januar die Vorsitzenden der im Parlament vertretenen Parteien einzeln empfangen hatte, erteilte Präsident Akinci am 24. Januar dem Parteivorsitzenden der UBP, Huseyin Ozgurgun, das Mandat zur Regierungsbildung. Ozgurgun, dem es nicht gelungen war, den Parteivorsitzenden der Demokratischen Partei (DP), Serdar Denktas, zu überzeugen, einer von der UBP geführten Koalition beizutreten, gab das Mandat jedoch am 30. Januar an Akinci zurück. Noch am selben Tag beauftragte Akinci den Parteivorsitzenden der Republikanisch-Türkischen Partei (CTP), Tufan Erhurman, mit der Regierungsbildung. Erhurman erinnerte nach dem Treffen mit dem Präsidenten in einem Gespräch mit Journalisten daran, dass die vier Parteien CTP, HP, TDP und DP seit geraumer Zeit Koalitionsgespräche geführt und eine Einigung über bestimmte Grundsätze erzielt hätten. Der Vereinbarung entsprechend würde die CTP den Premierminister stellen und drei weitere Ministerien übernehmen, die HP drei Ministerien, TDP und DP je zwei. Akinci seinerseits hob hervor, dass es das erste Mal

sei, dass es ein Vier-Parteien-Bündnis im Land gäbe, und erklärte, dass Mehrparteienkoalitionen in anderen parlamentarischen Demokratien üblich seien. „Wenn wir ein parlamentarisches Regierungssystem fortsetzen wollen, müssen wir uns an Mehrparteienbündnisse gewöhnen.“

Die DP hatte (bereits) zu einem früheren Zeitpunkt eine Parteiversammlung einberufen, um über ein Drei-Parteien-Bündnis mit UBP und YDP oder dem Beitritt zu einer Vier-Parteien-Koalition abzustimmen. Mit 67 zu 15 Stimmen entschied man sich für die zweite Option. In einer Stellungnahme vor den Medien sagte Serdar Denktas: „...Heute Abend wurde sowohl für unser Land als auch für unser Volk ein sehr wichtiger Beschluss gefasst. Wir haben uns für kommunale Einheit und Solidarität und gegen politische Spaltung und Polarisierung entschieden. Die UBP hat uns mehr Ministerien und weitere Vorteile angeboten, aber unsere Partei hat beschlossen, diesen Weg nicht zu gehen. Die DP hat sich für eine demokratische, ausgleichende und freiheitliche Position entschieden, die das Ansehen dieses Staates wiederherstellen und seinem Volk Wohlstand bringen wird. Wir werden unsere Arbeit für mehr Freiheit und Menschenrechte fortführen“.

Der Vorsitzende der UBP beschrieb eine Koalition, die die UBP ausschließe als „Zivilputsch“ und sagte „... es ist schwierig von Demokratie zu sprechen, wenn jemand ein Wahlergebnis umdreht.“ Die YDP andererseits begrüßte die Koalition. Sie argumentierte: „... für die YDP wird es von Vorteil sein, in der Opposition zu bleiben“.

Am 22. Januar versammelte sich eine Gruppe wütender Demonstranten vor der Redaktion der türkisch-zyprischen Tageszeitung Afrika, schwenkte türkische Flaggen, warf Steine und Eier auf das Redaktionsbüro der Zeitung und zertrümmerte Fensterscheiben. Einige der Protestler erklimmen den Balkon und drangen in das Gebäude ein. Die Polizei traf gerade noch rechtzeitig ein, um Übergriffe auf die Mitarbeiter zu verhindern. Der Protest und der Angriff waren durch einen Artikel ausgelöst worden, den Afrika tags zuvor publiziert hatte. In diesem war die türkische Militäroffensive in Syrien gegen den kurdischen Kanton Afrin mit der türkischen Invasion Nordzyperns verglichen worden. Noch am selben Tag hatte der Türkische Präsident Erdogan seinem Ärger über den Artikel Luft gemacht. Er rief seine „...Brüder im Norden Zyperns ...“ auf, „...die notwendige Antwort zu geben“. Als Präsident Akinci am Parlamentsgebäude, das genau gegenüber dem Redaktionsbüro liegt, eintraf, - er wollte der Vereidigungszeremonie des neuen Parlaments beiwohnen - versuchte er, die Demonstranten zu beruhigen, was jedoch misslang. Berichten zufolge wurde Akinci plötzlich selbst zur Zielscheibe einiger Protestler, die ihn zu umzingeln versuchten, verspotteten, ausbuhten und zum Rücktritt aufriefen. Nach dem Eintreffen von Polizei-Sondereinheiten, richtete der wütende Mob seine Aufmerksamkeit auf das Parlament. Neben anderen Parlamentsabgeordneten legte auch Dogus Derya ihren Amtseid ab. Sie war Angriffsziel der Demonstranten, weil sie in den sozialen Netzwerken die Syrien-Operation der türkischen Regierung kritisiert hatte. Trotz des riesigen Polizeiaufgebots gelang es zwei

Demonstranten auf das Dach des Parlamentsgebäudes zu klettern und Fahnen zu schwingen, bevor sie umgehend heruntergeholt wurden.

Am späteren Abend versammelte sich eine andere Gruppe vor dem Redaktionsgebäude der Tageszeitung, diesmal um diese zu unterstützen. Man formte eine Menschenkette, um gegen den Angriff auf die Tageszeitung am Vormittag zu protestieren. Eine starke Polizeieinheit sonderte die Demonstranten von einer Gruppierung der ultranationalistischen Grauen Wölfe ab, die sich ebenfalls in der Nähe des Gebäudes formiert hatten. Die Demonstration endete ohne Zwischenfälle.

Nach den Vorfällen betonte Akinci in einer Stellungnahme, dass er den Artikel von Afrika nicht befürworte, dass jedoch Gewaltakte als Reaktion auf missliebige Sichtweisen inakzeptabel seien. Er sagte, die demokratische Kultur der türkischen Zyprioten bedinge, dass man auf negative Sichtweisen mit Ideen und Meinungen antworte und nicht, indem man jemanden lynche. Es sei für ihn als Präsident indiskutabel, dass eine Tageszeitung zur Zielscheibe werde, ganz egal, welche Haltungen und Ansichten diese vertrete. Akinci warnte, dass die Protestaktionen gezeigt hätten, dass es mehr solcher schwerwiegenden Zwischenfälle geben könne. „Auf dieser Grundlage erachtet es der Präsident einmal mehr als erforderlich zu betonen, dass die Polizei wirksamer durchgreift, wenn es darum geht mit solchen Vorkommnissen umzugehen“.

Am 23. Januar befahl Akinci Polizeichef Suleyman Manavoglu in sein Büro. Er erhielt einen

Rüffel für die offensichtliche Zurückhaltung seiner Beamten einzugreifen. „Obwohl jeder das Recht hat, zu demonstrieren ... ging dies weit über einen Protest hinaus und schlug um in grobe Gewalt“, stellte der Präsident fest. Das Versagen der Polizei, so etwas zu verhindern, sei inakzeptabel. Der Präsident forderte, dass die Verantwortlichen so schnell wie möglich ausfindig gemacht und vor Gericht gestellt werden müssten. Am 29. Januar verhaftete die Polizei fünf Verdächtige wegen „Aufhetzung zu öffentlicher Unruhe, Zusammenrottung, vorsätzlicher Körperverletzung und strafrechtlichen Hausfriedensbruchs“. Berichten zufolge halten die Ermittlungen noch an. Es könnte zu weiteren Verhaftungen führen.

Zwischenzeitlich drückten die Vorsitzenden der sechs politischen Regierungsparteien ihre Besorgnis und Enttäuschung über die Zwischenfälle während der Proteste aus. Im Rahmen der Konstituierung des Parlaments waren sie vom Präsidenten eingeladen worden.

Nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt wurde ein Regierungsbeschluss rechtskräftig, der 26 Organisationen für illegal erklärt. Das Dekret untersagt diesen Vereinigungen Aktivitäten, Flaggen, Banner und den Besitz von Fotos der Mitglieder. Zu den Organisationen zählen die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans), die DHKP/C (Revolutionäre Volksbefreiungs-Front, eine marxistisch-leninistische türkische Untergrundorganisation), Al-Quaida, Hisbollah, EFEN (National Sound of Hellenic Spirit Youth), CHRISIAVGI (goldene Morgenröte, eine griechische neonazistische Partei), ELAM (die griechisch-zypriotische rechtsextreme Nationale Volks-

front), KEA (Griechische Widerstandsbewegung), Black Brigade, KCK (Union der Gemeinschaften Kurdistans, eine kurdische Untergrundorganisation), PYD (Partei der Demokratischen Union, eine kurdische Partei in Syrien), YPG (Volksverteidigungseinheiten, eine kurdische Miliz in Syrien), ISIS (Islamischer Staat) und FETO (Fethullahistische Terrororganisation / Gülen-Bewegung)

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Am 26. Januar organisierte die Gewerkschaftsplattform eine Friedens- und Demokratiedemonstration als Protest gegen die Ausschreitungen, die am Büro der Tageszeitung Afrika stattgefunden hatten. Trotz strömenden Regens gingen Tausende auf die Straße, um die Demonstration zu unterstützen. Auf einem Vorbereitungstreffen im Vorfeld der Demonstration sagte Sener Elcil, der Generaldirektor der Gewerkschaft der türkisch-zypriotischen Grundschullehrer (KTOS) im Namen der Plattform, dass man nicht nur die Verantwortung habe, die Probleme der Gewerkschaftsmitglieder zu lösen, sondern auch eine Verantwortung gegenüber den türkischen Zyprioten und dem Land. Für den Staat seien die neuesten Entwicklungen ungewohnt. Elcil konstatierte, dass die Gewerkschaft jeden Versuch sich einzumischen oder jede Initiative, die auf eine Teilung des Landes zielen sollte, nicht zulassen würde.

5. FES Zypern Veranstaltungen

Februar

--- keine Veranstaltungen ---



März

Donnerstag, 8. März – Sonntag, 11. März 2018

FES
Workshop

Journalistenseminar

Home for Cooperation (in der UN Pufferzone),
Nikosia

Keine öffentliche Veranstaltung



Dienstag, 13. März 2018, 18:00

FES

Book Launch

EDUCATION IN A MULTICULTURAL CYPRUS

Home for Cooperation (in der UN Pufferzone),
Nikosia

Öffentliche Veranstaltung



Freitag, 16. März 2018, 09:00

ZYPERN-INSTITUT UNIVERSITÄT MÜNSTER /
Universität von Nikosia / FES
Konferenz

**DER UMGANG MIT RELIGIÖSEM ERBE IN
ZYPERN UND DEN BENACHBARTEN STAATEN**

University of Nicosia, Cine Studio, Nikosia

Öffentliche Veranstaltung



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou und
Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Monika Heidingsfelder und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com